

Rückblick 2009: **Der Widerstand wächst und er wächst zusammen**

von Reinhild Benning

Das Jahr 2009 war hinsichtlich Natur und Umwelt kein gutes: Dem ambitionierten Ziel der Völkergemeinschaft, die dramatischen Verluste an Biodiversität zu stoppen und eine Trendwende einzuleiten, sind wir im vergangenen Jahr nicht näher gekommen. Im Gegenteil: Gesetzliche Möglichkeiten, etwa die Umweltgesetzgebung in Deutschland länderweit zu harmonisieren und konsequent am Biodiversitätsziel auszurichten, wurden nicht ergriffen und gingen im Wahlkampf unter. Auch der Bodenschutz kommt – bereits seit Jahren – nicht voran. Stattdessen nutzen der Deutsche Bauernverband und die Lebensmittelindustrie den aktuellen „Hype“ beim Thema Klimawandel, um mit geschönten Zahlen und zweifelhaften CO₂-Labels viel Sonne und wenig Schatten auf die deutsche Landwirtschaft und ihre konventionellen Produkte zu werfen. Der reale Klimaschutz bleibt derweil auf der Strecke.

***Kein
gutes Jahr***

Dramatisch auch die Entwicklung bei den Milchbauern. Der anhaltende Preisverfall zwingt immer mehr Betriebe zur Aufgabe. Was für Bäuerin und Bauer persönlich und ökonomisch eine Katastrophe ist, schadet auch Natur und Umwelt. Wenn artgerechte Haltung auf Grünlandstandorten mit Weidegang nicht mehr möglich ist, dann hat dies auch unmittelbar negative Auswirkungen auf unsere Kulturlandschaften und – wie wir heute wissen – auch auf das Klimaschutz-Potenzial der Landwirtschaft, das mit einer extensiven Grünlandnutzung verbunden ist.

Keine Trendwende bei Natur- und Umweltschutz in Sicht

Umweltgesetzbuch gescheitert

Es zeichnet sich ab, dass das Ziel der EU, bis 2010 den Biodiversitätsverlust zu bremsen und das ambitionierte Ziel der Bundesregierung, ihn zu stoppen, verfehlt wird. Doch statt aus dieser Misere zu lernen und das angestrebte Umweltgesetzbuch (UGB) zu einem wirksamen Beförderer der Biodiversität zu gestalten, scheiterte das von der Bundesregierung geplante Gesetzbuch auf ganzer Strecke. Die Vorschläge, die 2009 dazu diskutiert wurden, gingen den Verbänden der Industrie und der Landwirtschaft zu weit, den Umweltverbänden dagegen nicht weit genug. Zum Teil sollten bestehende Naturschutzstandards noch weiter gesenkt werden. Schließlich lehnten beide Seiten die Vorlagen ab und die Bundesregierung sparte es sich, vor der Wahl einen neuen Vorschlag

vorzulegen. Das Umweltgesetzbuch sollte unter anderem dazu dienen, die unterschiedlichen Umweltgesetze der Bundesländer zu vereinheitlichen. Da dies nun nicht geschehen ist, bestimmen in den Ländern noch immer sehr unterschiedliche Vorgaben etwa über Wald- und Naturschutz oder Genehmigungen von Stallanlagen das Geschehen. Die Folge: Die Länder können weiter um möglichst niedrige Umweltstandards konkurrieren, um Investoren anzulocken.

Bodenschutz kommt nicht voran

Eine EU-Bodenschutzrichtlinie ist weiterhin nicht in Sicht. Hier bremst vor allem der Deutsche Bauernverband, der behauptet, Deutschland habe mit dem Bodenschutzgesetz alles was es brauche. Die erheblichen Lücken und großen Unverbindlichkeiten in diesem Bodenschutzgesetz sind im Beitrag von Ingo Valentin und Andrea Beste in diesem Kapitel (S. 178–183) nachzulesen. Unterdessen schreitet der Grünlandumbruch weiter fort. In mehreren Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern wurde die Fünf-Prozentmarke beim Grünlandumbruch überschritten, also mehr als fünf Prozent des vorhandenen Grünlandes wurden umgepflügt. Die EU schreibt in den Cross Compliance-Regeln bei Überschreitung dieser Marke Maßnahmen zur Eindämmung vor. Die Bundesländer haben nun ein Umbruchverbot ausgesprochen, allerdings mit der Hintertür, dass auf Antragstellung die Landwirtschaftsbehörden weiter das Umpflügen von Weiden und Wiesen genehmigen können.

Immer mehr Grünlandumbruch

Bauernverband veröffentlicht unseriöse Klimabilanzen

Der Klimaschutz in der Landwirtschaft ist zwar auf politischer Ebene kaum ein agrarpolitisches Thema geworden, aber er hat es dennoch in einige Medien geschafft. Anlass war zum einen ein Klimapapier des Deutschen Bauernverbandes, der wider allen international vereinbarten Berechnungsmethoden (und weil er einige Emissionsquellen schlicht ausblendete) behauptete, die Klimabilanz der Landwirtschaft sei positiv, weil der Pflanzenaufwuchs in Feldern und Wäldern einen CO₂-Speicher darstelle. Das Bundesumweltamt (UBA) hielt energisch dagegen und verwahrte sich, vom Bauernverband in dieser verzerrten Darstellung zitiert zu werden. Diese Auseinandersetzung wurde vom Spiegel aufgegriffen (1), der den Bauernverband zu Recht der unseriösen Schönrechnerei rügte.

Schönrechnerei des Bauernverbandes

Gutes Klima für neue Werbestrategien

Die Allianz für Tiere in der Landwirtschaft veranstaltete unter der Federführung des Verbraucherzentrale Bundesverbands (VZBV) im Juni eine Tagung in Berlin mit dem programmatischen Titel „Tierschutz ist Klimaschutz“. Die Thesen der Allianz-Partner (VZBV, Deutscher Tierschutzbund, BUND und Schweisfurth-Stiftung) (2) wurden von der Lebensmittel Zeitung aufgegriffen (3), dem Zentralorgan der Ernährungsindustrie. Diese Sensibilität der Lebensmittel Zeitung ist kennzeichnend für die gesamte Branche, die etwa mit CO₂-Labeln und anderen selbstgemachten Kommunikationsmitteln zu antizipieren versucht, was Verbraucherinnen und Verbraucher in Kürze als Kaufargument ansehen könnten.

Die ersten CO₂-Label sind bereits auf dem Markt – allerdings ohne dass diesen ein (internationaler) Standard zugrunde läge. Vielmehr diskutieren derzeit vor allem Industrie und Wissenschaft in vier verschiedenen Foren weltweit (unter anderem in ISO-Norm-Foren), welche Berechnungsmethoden überhaupt angewandt und wie weitreichend die Bilanzen gestaltet werden sollen. Umweltverbände sind bei diesen Prozessen kaum beteiligt. Sie kritisieren unter anderem, dass keines der Foren die Emissionen einbezieht, die bei der indirekten Landnutzungsänderung anfallen. Diese können erheblich sein und die gute CO₂-Bilanz eines Produktes im Vergleich zu einem herkömmlichen Produkt ins Gegenteil verkehren.

Erste CO₂-Label auf dem Markt

Besonders deutlich sehen wir dies bereits jetzt bei den Berechnungen zu Agrosprit. Wird zum Beispiel wegen einer Palmölplantage für die Agrosprit-Gewinnung eine Rinderweide in den Regenwald verdrängt, wie es derzeit großflächig etwa am Amazonas der Fall ist, so fällt die Emissionsbilanz des Palmölsprits bei Weitem schlechter aus als bei fossilem Treibstoff. Zudem spiegelt das CO₂-Label nur einen einzigen Nachhaltigkeitsaspekt wider. Biodiversität und Soziales etwa bleiben unberücksichtigt. Voraussichtlich werden wir in Kürze viele CO₂-Label in den Regalen finden, ohne dass ihnen ein einheitlicher Standard zugrunde liegt. Hier ist große Skepsis geboten.

Noch sind die Label nichts anderes als eine Kommunikationsstrategie der Ernährungsindustrie, die uns weismachen soll, dass man sich um Klimaschutz kümmert, ohne dass wir unsere Konsumgewohnheiten ändern müssen.

Agrosprit – noch immer keine Nachhaltigkeitsstandards

Kaum vorangekommen sind die Verhandlungen über Nachhaltigkeitsstandards für Agrosprit. Es fehlen nicht nur Kriterien für Sozialstandards, sondern es gelingt nicht einmal, die CO₂-Bilanz schlüssig zu integrieren. Eine neue Hintertür für nicht-nachhaltige Agrokraftstoffe plant die Bundesregierung gerade mit einer Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes zu öffnen. Demnach sollen hydrierte Pflanzenöle bis zu einem bestimmten Anteil auf die Beimischungsquote angerechnet werden können. Das technische Verfahren dazu beherrschen allerdings nur die großen Mineralölkonzerne. Und nach dem Prozess kann nicht mehr ermittelt werden, welches Pflanzenöl der Ursprung des Treibstoffes war. Umwelt- und Entwicklungsverbände lehnen die Novelle daher geschlossen ab, weil voraussehbar ist, dass der weltweit billigste Rohstoff für Agrosprit (Palmöl) mit diesem Verfahren in großen Mengen eingesetzt wird, ohne dass dies an der Tanksäule nachzuprüfen ist. Da die geplanten Nachhaltigkeitszertifikate nur auf dem Papier bestehen und nach dem Prinzip der Mengenbilanzierung erfolgen, also losgelöst von der einzelnen Pflanzenölcharge, ist der Einsatz von nicht-zertifiziertem Pflanzenöl in großem Maßstab vorprogrammiert. Umwelt- und Entwicklungsverbände fordern insbesondere, dass der Gesetzgeber eine Transparenzverpflichtung erlässt, nach der Unternehmen Herkunft und Umfang der von ihnen verarbeiteten Pflanzenöle offenlegen müssen.

**Neue Hintertür
für nicht-nachhaltigen
Agrosprit**

Neue Allianzen – Beispiel Milch

Doch neben den Rückschritten erleben wir auch neue Formen und Allianzen des Widerstands. Gerade unter Schwarz-Gelb wird es auf die Mobilisierungskräfte der Verbände ankommen. Daher möchte ich hier auf diese Entwicklungen besonders eingehen.

„Eine andere Agrarpolitik ist möglich und notwendig.“ So kann das gemeinsame Leitmotiv der verschiedenen neuen und alten kritischen Agrar-Netzwerke überschrieben werden, die sich im vergangenen Jahr getroffen oder gegründet haben. Diese Netzwerke bilden ein entscheidendes Potenzial, um in einer Zeit, in der in Deutschland und der EU konservativ-liberale Kräfte an der Macht sind, den Staat nicht aus der Verantwortung zu entlassen, wenn es um gerechten Zugang zu Boden, Sicherung der Welternährung und Ernährungssouveränität, Verwirklichung einer multifunktionalen bäuerlichen Landwirtschaft und den noch ausstehenden Beitrag der Landwirtschaftspolitik zum Klimaschutz und zu anderen Nachhaltigkeitszielen geht. Im Kern geht es um den Abbau der EU-weiten Überschüsse insbesondere bei Fleisch und Milch. Sie haben zum Preisverfall und rasch voranschreitendem Höfesterben bzw. Strukturwandel geführt, sie belasten Klima und Umwelt, sie verschlimmern die Hungerkrise und sie stärken die exportorientierten Industrien und ihre politischen Ziele. Es stellt eine große Herausforderung dar, der Exportlobby und den trotz Finanzkrise noch immer liberalisierungswütigen EU-Instanzen (Kommission und Rat) eine Umkehr abzutrotzen und Produktionslimits politisch durchzusetzen. Doch es besteht eine Chance dazu in den Jahren zwischen 2010 und 2013, wenn die nächste Agrarreform und der nächste Agrarhaushalt verhandelt werden.

**Hauptproblem:
Überschüsse
bei Fleisch und Milch**

Bauern bleiben nicht allein

Im Zentrum des Widerstands stehen die Milchbäuerinnen und -bauern. Ihr anhaltender Protest in vielen Ländern Europas und vor fast jeder Ministerkonferenz des letzten Jahres und auch der länderübergreifende Milchlieferstopp prägten das Jahr 2009 noch stärker als das Vorjahr. Die Milchbauern und -bäuerinnen haben nichts zu verlieren. Entsprechend unermüdlich und einfallsreich kämpfen sie für einen neuen agrarpolitischen Rahmen, der ihre Existenz sichert. Im Kern geht es um die gleiche Forderung, die auch viele Verbände des AgrarBündnisses seit langem ins Feld führen:

- Überschüsse erst gar nicht aufkommen lassen, sondern mit Hilfe von wirksamen, langfristigen Mengenregulierungen abbauen. Politische Regelungen müssen dazu dienen, die EU-Erzeugung flexibel am innereuropäischen Bedarf zu orientieren.
- Abkehr der Agrarpolitik von der Ideologie, Wachstum in Form von Strukturwandel und Weltmarktexporten zu fördern. Konzentration der Fördermittel auf umwelt- und tiergerechte Qualitätserzeugung.
- Stopp der Exportsubventionen, die Bauern und Kleinbauern weltweit schaden.

Breites gesellschaftliches Milchbündnis

Die Bauern bleiben nicht allein mit ihren Protesten. Zahlreiche andere Verbände zeigen sich solidarisch mit den Milcherzeugern. So forderte – unterstützt von 18.000 Unterschriften – im März 2009 ein Bündnis von 28 Entwicklungs- und Umweltorganisationen mit der Übergabe eines Appells an die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) ein Ende der Exportsubventionen (4). Im Juni protestierten Mitglieder des Bündnisses „Freunde des Weltagrars“ mit einer spektakulären Bildaktion von Campact (5) gegen Milch-Exportdumping vor dem Außenhandelstag der Agrarwirtschaft in Berlin. Im September schlossen sich mit großer Presse- resonanz erneut Milchbauern (BDM), Umwelt- und Entwicklungsverbände, kirchliche Hilfswerke und der Deutsche Tierschutzbund zu einem breiten gesellschaftlichen Milchbündnis zusammen und mahnten, dass es aus Nachhaltigkeitssicht zur europaweiten und langfristigen Mengenregulierung keine Alternative gebe (6). Dies ist nur eine kleine Auswahl aus zahlreichen solidarischen Aktionen mit oftmals bundesweiter Ausstrahlung.

Gemeinsam machten die Verbände deutlich, dass eine flexible Mengengrenzung, ausgerichtet auf den Bedarf innerhalb der EU, die Milchpreise wieder auf ein kostendeckendes Niveau für die Erzeuger heben muss. Gleichzeitig würden Entwicklungsländer profitieren, weil ohne Überschüsse auch keine subventionierten Milchpulverexporte mit Dumpingwirkung ihre Milchmärkte und Kleinbauern ruinierten. Aus Umweltsicht belastet jeder Liter Milch, der zu Pulver und für den Exportmarkt aufbereitet wird, ganz unnötig das Klima. Gleichzeitig verlieren wir mit dem Rückgang der Milchviehbetriebe in Grünlandregionen massiv Wiesen und Weiden und damit die Biotopform in der Agrarlandschaft mit der größten Artenvielfalt. Der Deutsche Tierschutzbund beteiligte sich am Milchbündnis mit dem Ziel, die Qualzucht bei Hochleistungskühen zu bekämpfen. Ziel muss es sein, den Bauern zu ermöglichen, ein Einkommen zu erwirtschaften mit weniger Milch je Kuh und Jahr und bei artgerechter Weidehaltung.

Neue Allianzen

Noch vor kurzem schien es nicht denkbar, dass Bauern selbstkritisch sagen: „Ja, bei uns läuft nicht alles perfekt auf den Höfen hinsichtlich Umwelt-, Tierschutz und Fütterung mit Soja aus Regenwaldgebieten. Aber wir geloben, offen zu sein für Verbesserungen wie etwa für Weidegang, Zucht auf Langlebigkeit, bessere Tierbetreuung und eine Fütterung ohne Gentechnik – vorausgesetzt: *es gibt uns noch in Zukunft!*“ Die beteiligten Verbände und der BDM leugnen diese Auseinandersetzungen nicht; sie stellen sie jedoch für einen Moment nicht in den Mittelpunkt, um das gemeinsame politische Ziel zu verfolgen: eine politische Entscheidung für eine nachhaltige Mengenregulierung und gegen die Liberalisierung.

Abbau der Überschüsse als entscheidender politischer Fokus

Die Fokussierung auf das gemeinsame Ziel und die Zusammenarbeit sind unerlässlich. Rasend schnell schreitet der Strukturwandel in der Landwirtschaft voran. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde vor zehn Jahren in Deutschland noch auf 150.000 Betrieben gemolken. Im Mai 2009 gab es nur noch 97.400 Milchviehbetriebe. Rechnerisch schlossen demnach jährlich über 5.000 Milchbetriebe die Hoftore. Von den heute noch bestehenden sehen wiederum knapp 80 Prozent ihre Existenz gefährdet, so das Ergebnis einer Infratest-Umfrage des BDM 2009. Die Zahl der Milchkühe nahm unterdessen kaum ab und liegt heute bei knapp über vier Millionen – mit jährlich steigender Milchleistung.

Erhalt des Grünlands: viel- fältiger Nutzen

Hinsichtlich des Bodenschutzes mahnten die Verbände an, dass mit dem Höfesterben der Milchbauern vielerorts die Aufgabe der Grünlandnutzung droht. Die Folgen sind entweder, dass die Flächen zuwachsen und damit als wertvolle Biotope der Offenlandschaft verloren gehen. Oder Wiesen und Weiden werden zu Ackerland umgepflügt, wobei erhebliche Mengen Klimagas entweichen. Vor diesem Hintergrund ist es auch aus Gründen des Boden-, Arten- und Klimaschutz-

zes notwendig, über angemessene Milchpreise und Anreize für eine umweltverträgliche Milchherzeugung auf Grünland die bäuerliche Milchherzeugung zu sichern.

Fatale Falschprognose der EU-Kommission zur Nachfrage des Weltmarktes

Der Erfolg der Proteste gegen die weitere Liberalisierung des Milchmarktes zeichnet sich erst langsam und noch an einem fernen Horizont ab. Die EU-Kommission beharrt darauf, dass es ein Absatzproblem gebe, aber kein Problem, das auf ein zu großes Angebot zurückzuführen sei. Daher setzt sie auf Maßnahmen zur Absatzförderung wie etwa Exportsubventionen. Den Bauern bietet sie Millionen an Beihilfen, die umgerechnet auf den Liter Milch nur wenige Cent ausmachen und keinesfalls die Produktionskosten decken. Ein Großteil der 600 Millionen Euro (7), die die Kommission nach eigenen Angaben 2009 für den Milchsektor bereitstellte, floss gar nicht an Bauern, sondern an Konzerne für Exportsubventionen und Lagerhaltung – sprich für Milchseen und Butterberge. Doch in ihrem Bericht zur Lage des Milchmarktes (8) schreibt die Kommission im Juli 2009 immerhin, dass sie den Nachfrageumfang auf dem Weltmarkt größer eingeschätzt habe als er tatsächlich sei. Trotz der Feststellung dieses fatalen Irrtums zieht die Kommission allerdings noch nicht die Schlussfolgerung, dass nun die Menge gesenkt werden müsse. Einige EU-Länder treten allmählich auf den Druck der Bauern hin in eine vorsichtige Opposition zur Kommission. Sie fordern, zumindest die geplante Erhöhung der Milchquote auszusetzen. Zudem soll bei weiteren Überprüfungen des Milchmarktes nicht mehr kategorisch ausgeschlossen werden, auch über Regulierungen nachzudenken.

Geld für Milchseen und Butterberge

EU-Rechnungshof für Neuausrichtung auf Bedarf in der EU

Sehr hilfreich ist hier der Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes zum Milchmarkt vom Juli 2009 (9). Der Bericht arbeitet zentrale Argumente für eine politische Neuorientierung hinsichtlich der Milchmenge heraus, die noch vor wenigen Jahren von der Kommission selbst in Feld geführt worden waren. So stellt der Rechnungshof auf die Frage, ob das Marktgleichgewicht mit Hilfe der Quote erreicht wurde, fest:

„Die Quotenregelung ermöglichte die Begrenzung der Milchmenge.“ Doch „im Rahmen der Quotenregelung wurden die erheblichen strukturellen Überschüsse, die der Steuerzahler subventionierte, nicht als Hindernis für das angestrebte Gleichgewicht angesehen. [...] Im Jahr 2002 schlug die Kommission vor, die Milchquotenregelung bis zum 31. März 2015 zu verlängern, da sie ‚die Aufrechterhaltung der Quoten für notwendig hielt, um ein vernünftiges Marktgleichgewicht zu bewahren‘ (10). Ein weiteres Argument für Beibehaltung der Quoten war, dass diese die Produktionsstrukturen verfestigen und dafür sorgten, dass die territoriale Verteilung der Milchproduktion, vor allem in den benachteiligten ländlichen Regionen, erhalten blieb.“ (11)

EU-Rechnungshof stellt Milchquote in Frage

Der Rechnungshof erinnert damit daran, dass auch die Kommission klar vor Augen hat, dass die Grünlandregionen, die keine Alternative zur Rinderhaltung haben, vor der „Entleerung“ stehen, wenn der Milchmarkt liberalisiert wird. Gleichzeitig ist nach der Analyse des Rechnungshofes der Millexport dauerhaft von Exportsubventionen abhängig, weil die Weltmarktpreise unterhalb der Produktionskosten in der EU liegen: „Die Weltmarktpreise für Milchpulver und Butter sind nahezu dauerhaft niedriger als die Preise in der EU.“ Der Weltmarkt sei daher wenig rentabel. Nur bei hohen Kursen wären europäische Hersteller wettbewerbsfähig. „Außerhalb dieser Zeiträume realisierten sie ihre Ausfuhren mit Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt.“

Weiter heißt es in den Empfehlungen des Rechnungshofes, dass der Weltmarkt für den europäischen Milchsektor keine Perspektive biete mit Ausnahme weniger hochwertiger Produkte. „Es ist daher unumgänglich, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen zur Umorientierung der Milchherzeugung vorrangig auf die Bedarfsdeckung des europäischen Binnenmarktes und erst ergänzend auf die Herstellung von Käse und anderen Erzeugnissen mit hohem Mehrwert ausrichten, die ohne Budgethilfe für den Weltmarkt exportfähig sind.“

Zudem mahnt der Rechnungshof die Kommission, eine Strategie zu entwickeln, um die negativen sozialen und die umweltbezogenen Wirkungen zu vermeiden, die zu erwarten sind, wenn die Milchherzeugung nicht mehr flächendeckend, sondern nur noch in bestimmten Gebieten in großen Stalleinheiten erfolgt: „Weder die vorhergehende Politik der Preisstützung noch die der-

zeitige Politik der direkten Einkommensbeihilfen für den Milchsektor sind [...] territorial oder sozial ausgerichtet.“ Die Milcherzeugung habe aber eine große Bedeutung für den ländlichen Raum. Daher solle die Kommission Strategien entwickeln, um sowohl die Probleme der Berggebiete als auch die „Auswirkungen der geografischen Konzentration der Milcherzeugung auf die Umwelt bewältigen zu können“.

Abbau der Überschüsse – auch bei Fleisch notwendig

Die Analysen und Argumente des Rechnungshofes zur Milch treffen im Prinzip auch für den Fleischmarkt zu. Die von der Kommission prognostizierte Nachfrage nach Fleisch auf dem Weltmarkt, angeblich vor allem von der steigenden Nachfrage Chinas und Russlands beflügelt, hat sich als Irrtum erwiesen. Ein fataler Irrtum für die Bauern, die wegen der niedrigen Schweinefleischpreise reihenweise aufgeben. Jeder sechste Schweinehalter in Deutschland gab im Jahr 2008 die Erzeugung auf; das ergibt ein Minus von 16,7 Prozent. Vor allem die Sauenhalter schlossen die Hoftore (12). Seither werden die jungen Ferkel über immer weitere Strecken vor allem aus Dänemark zu den immer größer werdenden deutschen Mastanlagen gefahren. Die Zahl der hierzulande gehaltenen Schweine nahm daher nur geringfügig ab. Für das Jahr 2009 weist das Statistische Bundesamt einen Rückgang um 2,7 Prozent gegenüber 2008 aus, also weit weniger als die Betriebsschließungen vermuten lassen. Da die Schlachtgewichte je Tier steigen und zudem rund 1,2 Millionen Tonnen Schweinefleisch oder Lebewesen importiert werden, steigt die Überschussproduktion weiter an und die Preise sinken tendenziell. Die Agrarmarkt-Informations-Gesellschaft (AMI), die nach Abwicklung der ZMP Daten zum Agrarmarkt erhebt, resümiert: „Leider hält der Schweinefleischverbrauch in Deutschland mit der wachsenden Produktion nicht mit. Im Gegenteil: Im ersten Halbjahr 2009 sank der Schweinefleisch-Verbrauch sogar um 3,3 Prozent. [...] Der inländische Schweinefleischmarkt ist gesättigt, Deutschland ist seit 2006 Nettoexporteur und die Überschussproduktion steigt seitdem stetig an. 2009 soll die Schweinefleischerzeugung den Verbrauch um etwa 900.000 Tonnen übertreffen. Zusammen mit den Importen von rund 1,2 Millionen Tonnen müssen damit in diesem Jahr rund 6,45 Millionen Tonnen Schweinefleisch vermarktet werden, mindestens zwei Millionen Tonnen davon im Ausland.“ (13)

Die Hauptursachen des Strukturwandels in der Schweinehaltung sind denen in der Milchwirtschaft sehr ähnlich. Die Stärke des Euro im Vergleich zu anderen Währungen trägt zum einen dazu bei, dass europäische Milch- und Fleischprodukte (mit kurzen Ausnahmen während der internationalen Hochpreisphasen in den Jahren 2006 und 2007) faktisch nicht konkurrenzfähig sind. Doch entscheidend sind wohl die falschen Prognosen, die von der Schlachtbranche, den Agrarfachzeitleitungen und der EU-Kommission zur angeblich steigenden Nachfrage auf dem Weltmarkt in die Welt gesetzt wurden. Statt westeuropäisches Fleisch zu kaufen, erzeugt Russland selbst jährlich mehr Schweinefleisch und verringert so den Importbedarf kontinuierlich auf 750.000 Tonnen im Jahr 2010 (Schätzung des US-Landwirtschaftsministeriums) (14). China importierte zwar 2008 noch rund 400.000 Tonnen Schweinefleisch. Doch schon 2009 waren es nur noch 150.000 Tonnen und für 2010 rechnet das US-Landwirtschaftsministerium damit, dass China „nur“ noch 120.000 Tonnen importiert (15). Hintergrund ist, dass die chinesische Regierung große Summen in den Ausbau der eigenen Schweinefleischerzeugung gesteckt und die Seuchenprophylaxe verbessert hat.

Dennoch machen sich europäische Schlachtkonzerne Hoffnungen, dass sie ihre Bilanzen verbessern können, indem sie hierzulande nicht absetzbare Schlachtabfälle und Nebenprodukte ins Reich der Mitte exportieren. Und sie verlangen hierfür Exportsubventionen. Die Anhänger radikaler Marktliberalisierung, die „Kritiker solcher Markteingriffe wenden ein, dass Ausfuhrsubventionen den zur Marktbereinigung notwendigen Strukturwandel bremsen, da Mastbetriebe mit zu hohen Kosten in der Produktion gehalten werden“, heißt es in Agra-Europe, der Nachrichtenagentur der Agrarwirtschaft. Die Vision ist so offensichtlich wie erschütternd: Riesige hochgradig rationalisierte Mastanlagen – Agrarfabriken statt Bauernhöfe. Und nicht einmal Agra-Europe, die der Agrarlobby mehr als nahe steht, scheint an die globale Wettbewerbsfähigkeit von EU-Schweinefleisch zu glauben: „Die Südamerikaner [gemeint ist hier Brasilien, Anm. der Autorin]

**Jeder sechste
Schweinehalter
gibt auf**

**EU-Schweine-
fleisch: keine
Zukunft auf dem
Weltmarkt**

Forderungen an eine neue EU-Agrarpolitik aus Umweltsicht

Nach dem Prinzip „Public Money for Public Goods“ („Öffentliches Geld für öffentliche Güter“) sollte die Verteilung der Agrarbeihilfen grundlegend an neuen Kernzielen ausgerichtet werden. Gleichzeitig müssen gesetzliche Mindeststandards erheblich verbessert und angehoben werden. Forderungen an eine zukunftsfähige EU-Agrarpolitik im Einzelnen:

1. *Erhalt der multifunktionalen Landwirtschaft:* Abbau der Produktionsüberschüsse und damit Stabilisierung der Erzeugerpreise. Ausschluss von Gentechnik-Nutzern von der staatlichen Förderung. Erhalt von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen als Querschnittsaufgabe für Programmplanung. Ausgleich für benachteiligte Regionen sichern.
2. *Klimaschutz:* Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen aus der Landwirtschaft um 40 Prozent bis 2020.
 - Senkung der Überdüngung; Einführung von Abgaben auf Stickstoff- und Phosphor-Emissionen und synthetische Düngemittel.
 - Umstellung von 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Ökolandbau bis 2020.
 - Positive Humusbilanz auf Ackerflächen.
 - Umwandlung von intensiv genutzten Moor- und Torfstandorten in extensives Grünland bzw. standorttypische Biotope bis 2020.
 - Verbot des Umbruchs für Grünland als wichtigem CO₂-Speicher.
 - Stopp jeglicher Exportförderung, insbesondere für Tiere und tierische Produkte.
3. *Biodiversität:* Effektiver Stopp des Verlustes der Biodiversität bis 2020. (Zehn Prozent der LF je-
- des Betriebes muss vorrangig dem Erhalt der Biodiversität dienen.)
4. *Wasserschutz:* Wirksamer Gewässerschutz und nachhaltiges Wassermanagement.
5. *Selbstversorgung:* Steigerung der EU-Selbstversorgung mit Eiweißfuttermitteln von heute 25 Prozent auf 80 Prozent bis 2020 (Proteinstrategie). Abkehr von der Ausrichtung der EU-Agrarproduktion auf den Weltmarkt.
6. *Verbraucherschutz:* Verbesserung der Verfügbarkeit von besonders nachhaltig erzeugten, gesunden und ökologischen Lebensmitteln. Verbraucherkampagnen zu gesunder, klimafreundlicher Ernährung. Fleischkonsum senken.
7. *Regionalisierung:* Steigerung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung auf 30 Prozent des Lebensmittelhandels bis 2020.
8. *Tierschutz:* Umstellung von 30 Prozent der Tierhaltungen auf besonders tiergerechte Verfahren bis 2020; Verbot der Qualzucht. Kennzeichnung der Tierhaltungsform auf tierischen Lebensmitteln nach dem Vorbild der Eier-Kennzeichnung.
9. *Nachhaltige, dezentrale Biomasseenergie:* Nachhaltige Gestaltung der Energieerzeugung für Strom und Wärme aus Biomasse in dezentralen, naturräumlich und dörflich eingebundenen Systemen.
10. *Welternährung sichern:* Stopp von Dumpingexporten. Unterstützung der ländlichen Entwicklung in den Ländern des Südens mit Fokus auf Kleinbauern und Fortbildung für ökologische Produktionsverfahren. Entwicklungsländern muss in internationalen Verhandlungen Ernährungssouveränität und Schutz ihrer Märkte gewährt werden.

stehen auf praktisch allen wichtigen Exportmärkten mit europäischen Versandschlachtereien im Wettbewerb, den diese über den Preis auch in Zukunft kaum gewinnen können.“ (16)

Neues Netzwerk gegen Agrarfabriken – Hilfreiche Transparenz

Unter den Schweinefleischerzeugern regt sich trotz der anhaltend niedrigen Erzeugerpreise nur wenig Widerstand. Kein „Bund deutscher Schweinehalter“ fordert eine Mengengrenzung für Schweinefleisch. Kein Verband „Schweine bleiben in Bauernhand“ wehrt sich gegen die Preisdrückerei der Schlachtkonzerne. Keine zu allem entschlossene Gruppe von Schweinebäuerinnen lagert vor dem Kanzleramt und erfährt die Solidarität, die bäuerliche Betriebe in der Bevölkerung genießen können. Leider. Denn die Landwirte könnten seit jüngstem auf ungewohnte Allianzen mit zahlreichen Verbänden wie dem Deutschen Tierschutzbund, dem BUND und zahlreichen Bürgerinitiativen rechnen. Sie verfolgen gemeinsam mit alternativen Bauernverbänden in einem neuen Netzwerk gegen Massentierhaltung und für Qualitätsfleischerzeugung die gleichen Ziele.

Rund 30 Bürgerinitiativen aus verschiedenen Bundesländern schlossen sich im September unter dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ in Magdeburg zu einem bundesweiten Netzwerk gegen industrielle Massentierhaltung zusammen. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) formierten sich die Bürgerinitiativen mit dem Ziel gemeinsamer Aktionen. Koordiniert von AbL, BUND und dem Nutztierschutz Fachverband PROVIEH sowie Vertretern von Bürgerinitiativen aus Ost und West sind bereits für Januar gemeinsame Aktivitäten vorgesehen. „Bundesweit formieren sich zunehmend mehr Bürgerinitiativen gegen die Industrialisierung der Tierhaltung. Von heute an sind sie in einem starken Bündnis organisiert“, so der Sprecher der Bürgerinitiative im brandenburgischen Hassleben, Gert Müller. In Hassleben ist eine Schweinehaltung mit rund 70.000 Tierplätzen geplant. Beispiel für den wachsenden Widerstand in den alten Bundesländern ist eine Gruppe von Bürgerinitiativen mit Sitz in Billerbeck, die unter anderem Geflügelmastanlagen im Visier hat.

Starkes Bündnis

Aus Umweltsicht ist es die Bewegung, auf die es ankommt, um mit dem Slogan der AbL zu sprechen. Dafür war das Jahr 2009 wegweisend mit dem Schulterchluss und der Neugründung von Netzwerken aus bewegten und strategisch denkenden Verbänden und Bürgerinitiativen. Die Netzwerke haben jeweils rasch zu gemeinsamen Grundlagen gefunden und Papiere verfasst, die ihren gemeinsamen Konsens widerspiegeln. Der besteht wesentlich darin, dass es nicht gegen Landwirte geht, sondern dass die Beteiligten bäuerliche Betriebe wollen, die multifunktional wirtschaften und damit auch in Zukunft l(i)ebenswerte ländliche Regionen gestalten. Daher sind sowohl die Milchviehhalter im BDM als auch die NEULAND- und Biobauern Teil der Netzwerke. Zum zweiten ist den Netzwerkaktiven klar, dass die politischen Rahmenbedingungen grundlegend geändert werden müssen, um Erzeugerpreise nachhaltig zu stabilisieren und Höfesterben, Agrarfabriken, tierquälerische Massentierhaltung und massiv anwachsende Umweltprobleme gemeinsam zu bremsen und zu stoppen. Gerade das Netzwerk gegen Agrarfabriken versucht nicht nur einzelne Anlagen zu verhindern im Sinne von „Mastanlagen – nicht vor meiner Haustür“. Sondern es gilt, das Baurecht, das Umweltrecht, das Tierschutzklagerecht und die Subventionsverteilung so zu verändern, dass sich Agrarfabriken *nirgends* durchsetzen.

Weniger Fleisch und Milch ...

Klar ist auch, dass der hohe Konsum von tierischen Produkten in Deutschland und Europa nicht mit dem Klimaschutz und vielen anderen Nachhaltigkeitszielen vereinbar ist. Müssen Milch- und Fleischerzeuger also doch aussteigen aus den Netzwerken, weil ihr Tun grundsätzlich in Frage gestellt wird? Die Netzwerke entwickeln eine klare Antwort darauf: Weniger Fleisch und Milch, aber dafür von hoher Qualität – und das soll den Erzeugerinnen und Erzeugern gut bezahlt werden.

... dafür in hoher Qualität

Hilfreich für alle Beteiligten ist die Offenlegung der Agrarsubventionen, die nach langer Verzögerung im Juni endlich auch in Deutschland erfolgte. Mit den neuen Zahlen, die 2010 veröffentlicht werden, kann ein weiteres Mal das Ungleichgewicht aufgezeigt werden, dass milch- und fleischverarbeitende Konzerne Millionenbeträge erhalten, während Bauern und Bäuerinnen existenzsichernde Vergütungen für ihre Produkte verweigert werden und die Politik weiterhin den Strukturwandel beschleuniget.

Fazit: Befürworter der Liberalisierung geschwächt – Widerstand gestärkt

Hilfreich ist bei der Kompetenzbildung an der Basis natürlich auch die deutsche Übersetzung und Zusammenfassung des Weltagrarberichtes (17). Überraschend hilfreich ist auch partiell die Studie der Deutschen Bank (18), in der der Weltagrarbericht positiv erwähnt wird und eine Umorientierung der EU-Agrarpolitik gefordert wird hin zu zielorientierten Maßnahmen.

Die bislang meist als die Einheit der Herrschenden auftretende Front bröseln bisweilen: Die Prognosen der EU-Kommission zum Milch- und Fleischmarkt erweisen sich jüngst als unhaltbar. EU-Analysen wie die des Rechnungshofes schwächen die Argumentationen der Liberalisierungsbefürworter und vor allem der EU-Kommission. Und der Widerstand wächst und er wächst zusammen.

Das Parlament in der EU erhält aller Voraussicht nach bald mehr Mitbestimmungsrechte. 2010 werden auch die ersten handfesten Debatten geführt werden, wie es mit der EU-Agrarpolitik wei-

tergehen wird, wenn der neue EU-Haushalt 2014-2020 für die Agrarpolitik sicher einen neuen Finanzrahmen und vielleicht neue inhaltliche Schwerpunkte setzt. Vielleicht, denn Bundesregierung und Agrarlobby wollen, dass alles bleibt wie es ist. Ob eine neue Agrarpolitik gelingt, hängt viel von der Mobilisierung der Basis ab. Der Lissabonvertrag sieht langfristig ein neues Recht für Bürgerinitiativen (Art. 11 Abs. 4 EUV) vor. Demnach sollen eine Million Unterschriften aus einer bestimmten Anzahl von Ländern, die noch entschieden werden muss, die Kommission zu einer Gesetzesinitiative auffordern können (19). Das Recht zur EU-Bürgerinitiative wird allerdings erst nach Inkrafttreten des Lissabonvertrages in eine EU-Verordnung gegossen, so dass dieses Instrument kurzfristig noch nicht nutzbar sein wird und seine Reichweite noch nicht absehbar ist.

In Deutschland, dem Reformblockierer-Land Nr. 1, haben wir mit der neuen Bundesregierung zwar ein Handicap, aber gleichzeitig mit den neuen Netzwerken bessere Karten als vorher, um die Agrarpolitik zu verändern.

Neues Recht für Bürgerinitiativen

Anmerkungen

- (1) „Wettrennen um Subventionen. Bauernverband rechnet Klimabilanz schön“. In: Der Spiegel vom 21. Juni 2009 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,631385,00.html>).
- (2) „Tierschutz ist Klimaschutz – Das Ende eines vermeintlichen Konflikts“. Positionspapier der Allianz für Tiere (<http://www.allianz-fuer-tiere.de/1035.0.html>).
- (3) Lebensmittel Zeitung (LZ 34) vom 21. August 2009.
- (4) „EU-Milchpolitik macht sauer. Aktionsbündnis kritisiert Dumpingexporte in Entwicklungsländer“. In: Neues Deutschland vom 23. März 2009.
- (5) Campact 2009: „Stopp Milchdumping“ (<http://www.campact.de/campact/info/multimedia#export>).
- (6) „Weißes Bündnis“. In: Süddeutsche Zeitung vom 5. September 2009; „Neues Bündnis für neue Milchpolitik. In: die tageszeitung (taz) vom 5. September 2009; u. v. a.
- (7) „Die Lage auf dem Milchmarkt im Jahr 2009“, EU-Kommission vom 22. Juli 2009; KOM(2009) 385 (http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/report2009/com2009_385_de.pdf).
- (8) Ebd.
- (9) „Haben die Marktsteuerungsinstrumente für den Markt für Milch und Milcherzeugnisse ihre wichtigsten Ziele erreicht?“, Europäischer Rechnungshof, Luxemburg, 23. Juli 2009 (<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3096296.PDF>).
- (10) „Bericht über die Milchquoten“, Arbeitsdokument der Kommission, SEK (2002) 789 vom 10. Juli 2002.
- (11) Zitiert nach Agra-Europe 44/09, 26. Oktober 2009, Dokumentation „Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes zum Milchmarkt“.
- (12) „Jeder sechste Schweinehalter gibt auf“, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 19. Dezember 2008 (<http://www.pressrelations.de/new/standard/dereferer.cfm?r=351231>).
- (13) Agrarmarkt-Informationen-Gesellschaft (AMI), zitiert nach top agrar online vom 16. September 2009 (http://www.top-agrar.com/index.php?option=com_content&task=view&id=13558&Itemid=519).
- (14) „Die EU fällt beim Export von Schweinefleisch zurück“. In: Agra-Europe 44/09, 26. Oktober 2009.
- (15) Ebd.
- (16) Ebd.
- (17) Nähere Infos unter www.weltagrarbericht.de und www.globalagriculture.org.
- (18) Claire Schaffnit-Chatterjee: „Lebensmittel – Eine Welt voller Spannung“, Deutsche Bank Research, 25. September 2009 (http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000248191.pdf).
- (19) Zum Lissabonvertrag der EU siehe: http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/democracy/index_de.htm und http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon#Kompetenzabgrenzung.

Autorin

Reinhild Benning

Leiterin des Referats Landwirtschaft beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.



Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
E-Mail:
reinhild.benning@bund.net
www.bund.net